

V-36 NEU Einmarsch der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig – Rüstungsexporte an die Türkei umgehend stoppen

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Modifiziert

1 Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch in die
2 nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und
3 Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg Assads
4 gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen vom ISIS zur Flucht in genau
5 dieses Gebiet gezwungen worden, sie dürfen nicht noch einmal den Horror von Krieg und
6 Vertreibung erleben. Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG den
7 militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert. Doch sind auch
8 zivile Opfer zu beklagen. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter anderem
9 kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, tritt der Krieg in Syrien
10 mit der Invasion in eine weitere erschütternde Gewaltphase ein. Mit dem Einmarsch in
11 Nordsyrien gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand. Bündnis 90 / Die
12 Grünen verurteilen diese Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts sowie als eine
13 unverantwortliche militärische Gewalteskalation. Das militärische Vorgehen der Türkei in
14 Syrien wird die Lage dort dramatisch verschlimmern und das Ausmaß der humanitären
15 Katastrophe weiter vergrößern. Bereits jetzt befinden sich laut UN-Angaben mehr als 5.000
16 Menschen auf der Flucht vor der türkischen Offensive.

17 Der Einmarsch der Türkei ist einerseits innenpolitisch motiviert, er soll von der schlechten
18 wirtschaftlichen Entwicklung und der tief gespaltenen Gesellschaft ablenken. Erdogans
19 Außenpolitik der vergangenen Jahre ist krachend gescheitert. Von seinem Ansatz der „null
20 Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen Nachbarn
21 geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und einem
22 unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung im
23 Südosten der Türkei hat Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische Lösung
24 der sogenannten Kurdenfrage anzubieten. Gleichzeitig kritisieren wir auch die Nähe der YPG
25 zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge in der
26 Türkei auch gegen Zivilisten verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den
27 innertürkischen Konflikt nicht lösen. Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die Verbindungen
28 zwischen der YPG und der PKK rechtfertigen jedoch keinen Einmarsch in Syrien, für die Türkei
29 sind sie aber ein berechtigter Grund zur Sorge.

30 Andererseits nutzt der türkische Einmarsch vor allem den syrischen und russischen
31 Kriegsinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und
32 treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die
33 bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine
34 politische Lösung des Syrienkonflikts in weite Ferne.

35 Der türkische Einmarsch zeigt zudem auch das Scheitern der deutschen und europäischen
36 Türkeipolitik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend
37 autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik geübt.
38 Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident Erdogan

39 fühlt sich offensichtlich immun genug, um sich eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer
40 Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu müssen. Die
41 Bilder von offenkundig deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische
42 Illustration der fehlgeleiteten deutschen Rüstungsexportpolitik in Krisen- und Konfliktländer
43 der letzten Jahre. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat der Türkei gerade erst die
44 Modernisierung der Panzer in Aussicht gestellt. Erneut rücken Menschenrechte und Demokratie
45 in den Hintergrund, weil ein lukratives Angebot für Rheinmetall winkt.

46 Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur Fassade,
47 solange Deniz Yücel und andere politische Geiseln unschuldig in Haft sitzen. Deniz Yücel
48 verdient unseren größten Respekt dafür, dass er in seinem letzten Interview deutlich gemacht
49 hat, nicht durch schmutzige Deals mit der Türkei freikommen zu wollen. Es muss der deutschen
50 und europäischen Außenpolitik gelingen, gegenüber der Türkei aus dem Teufelskreis aus
51 Abhängigkeit und Eskalation auszubrechen.

52 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und deren mögliche
53 Deeskalation diskutiert und sind nicht den leichten Weg vieler anderer gegangen, einfache
54 Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Wir haben uns für umfassende zivile und
55 politische Lösungen stark gemacht. Die kann es aber nur geben, wenn die internationale
56 Gemeinschaft ihren politischen Willen dazu deutlich erhöht.[1]

57 Die Entwicklung hat der letzten Woche in erschreckender Eindeutigkeit gezeigt, dass Frieden
58 im Mittleren Osten ohne eine Einbeziehung kurdischer Interessen nicht machbar sein wird.
59 Schon jetzt versuchen Menschen in der Region - seien es Kurd*innen, Alevit*innen,
60 Araber*innen, Christ*innen, Jesid*innen, Assyrer*innen oder Armenier*innen - unter widrigen
61 Umständen eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Vertreibungen, Diskriminierungen von
62 Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen, die nach wie vor stattfinden, verurteilen wir.

63 Wir bekennen uns zu einem friedlichen, international getragenen Umgang mit der Kurdenfrage.
64 Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges und weiterer militärischer
65 Aufrüstung liegen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und
66 Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.

67 Wir kritisieren den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-
68 Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht.
69 Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnen wir ausdrücklich ab. Wir
70 appellieren, die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien mit Argumenten und
71 friedlich zu führen. Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland
72 verurteilen wir.

73 Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 74 • Die Bundesregierung muss sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in
75 Nordsyrien einsetzen.
- 76 • Die Bundesregierung muss umgehend die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei
77 innerhalb der NATO auf den Tisch bringen und darauf drängen, dass die NATO endlich
78 geeignete Konsequenzen daraus zieht.
- 79 • Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und
80 Menschenrechte in der Türkei und in der Region zeigen. Das politische Handeln muss
81 konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in der Türkei
82 ausgerichtet werden.

- 83 • Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt werden, bis die
84 Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die von
85 der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die offenkundig
86 in der gegenwärtigen türkischen Militäroffensive eingesetzt werden. Ebenso gehören
87 Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie jüngst im
88 Fall des Rheinmetallvorhabens zur Unterstützung des Aufbaus einer Panzerfabrik in der
89 Türkei öffentlich wurden, ausnahmslos beendet. Die Gesetzeslücke, die solche Pläne
90 ermöglicht, muss dringend geschlossen werden.
- 91 • Es braucht eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei und Vertreterinnen
92 und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region, um Druck für eine politische
93 Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Für die Zukunft der Region kann es nur eine
94 friedliche und politische Lösung geben.
- 95 • Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern
96 Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der Türkei
97 erpressbar gemacht. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Zugleich sollte damit die
98 europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht
99 abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben.
100 Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 101 • Die Bundesregierung muss den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die AKP-
102 Regierung erhöhen, damit Deniz Yücel und alle anderen politischen Gefangenen endlich
103 ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei kommen.
- 104 • Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die Türkei
105 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt auch
106 für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen.
107 Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche, pro-
108 demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt aber
109 komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und
110 demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene
111 Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.
- 112 • Wir stehen an der Seite derer die für eine friedvolle Lösung auf der Grundlage von
113 Völkerrecht und Menschenrechten in Deutschland gewaltfrei demonstrieren.

Begründung

Neufassung der Anträge V-32, V-33, V-35, V-36 und V-37

[1] 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden: „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen“ sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement in der Welt brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der Türkei“; 2016 in Münster [Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten - politische Lösung voran bringen.](#)

weitere Antragsteller*innen

siehe Anträge (V-32, V-33, V-35, V-37)